25.04.2023

Niederschrift

über die 28. (930.) ordentliche öffentliche Sitzung des Rates am Dienstag, den 25. April 2023, 19.30 Uhr, im Sitzungszimmer im Rathaus

Es sind erschienen:
Ratsvorsitzender Gerrit Agena
Stv. Bürgermeisterin Ines Mühlinghaus
Stv. Bürgermeister Rüdiger Schmidt
Ratsherr Uwe Garrels
Ratsherr Jan Martin Janssen
Ratsfrau Bärbel Kraus
Ratsfrau Daniela Peters
Ratsherr Till Martin Peters
Ratsherr Michael Recktenwald
Ratsfrau Gerda Spies

Es fehlt entschuldigt:

Bürgermeisterin Heike Horn
Allgemeiner Vertreter Ralf Heimes
Kämmerin Cornelia Baller
Protokollführerin Katja Heimes

Tourismusmanager Nils Jenssen

Zu Punkt 1 und 2: Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Ratsvorsitzender Agena eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Zu Punkt 3: Feststellung der Tagesordnung und der dazu vorliegenden Anträge

Der Tagesordnungspunkt

Zu Punkt 15: Bauvoranfrage
Neubau von zwei Wohngebäuden mit insgesamt 9 Ferienwohnungen am Vormann-Otten-Weg 18/18a
(s. Vorlage Nr. VO23-069)

wird von der Tagesordnung abgesetzt.

Der Verwaltungsausschuss hat die Vorlage zur ergänzenden Klärung an die Verwaltung zurückgegeben.

Zu Punkt 4: Genehmigung der Niederschrift über die 25. (927.) ordentliche öffentliche Sitzung des Rates am 21.03.2023

Die Niederschrift über die 25. (927.) ordentliche öffentliche Sitzung des Rates am 21.03.2023 wurde allen Ratsmitgliedern zugeleitet.

Die Niederschrift über die 25. (927.) ordentliche öffentliche Sitzung des Rates am 21.03.2023 wird einstimmig genehmigt.

Zu Punkt 5: Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses

Keine.

Zu Punkt 6: Einwohnerfragestunde zu den Beratungsgegenständen

Olaf Hube

Herr Hube stellt die Frage, ob der Tagesordnungspunkt 12 von der Tagesordnung abgesetzt werden könne. Er äußert, die Formulierung entspreche nicht der Geschäftsordnung der Gemeinde Langeoog. Er verliest den entsprechenden Absatz der Geschäftsordnung „Einberufung des Rates" – Bei der Aufstellung der Tagesordnung müsse jeder Tagesordnungspunkt konkret bezeichnet werden".
Der Tagesordnungspunkt 12 sei für ihn nicht konkret beschrieben.

Allgemeiner Vertreter Heimes erklärt, der Tagesordnungspunkt sei zur Information auf die Tagesordnung gesetzt worden, da die weitere Bearbeitung zum Zeitpunkt der Einladung noch nicht klar war. Vor dieser Sitzung habe noch eine andere Sitzung stattgefunden, deren Ergebnis noch nicht bekannt war. Das Thema sei benannt und damit so konkret, dass es behandelt werden könne.

Auf die Frage von Herrn Hube nach dem Inhalt des Antrages, verweist Allgemeiner Vertreter Heimes auf die jetzige Erörterung in der Sitzung.

Herr Hube berichtet, er habe sich bei der Kommunalaufsicht (Herr Sanders) erkundigt. Nach Aussage der Kommunalaufsicht sei nichts Konkretes benannt und der Punkt von der Tagesordnung abzusetzen. Es entspreche nicht dem Transparenzgebot und dem Konkretisierungsgebot. Es stehe nur Antrag und nicht konkret wofür oder wogegen. Er weist darauf hin, wenn der Punkt nicht ordentlich verhandelt würde und nicht der Formalie entspreche, auch die Ratssitzung unter Umständen nicht gewertet werden könne.

Herr Hube stellt nochmals die Frage, ob der Punkt von der Tagesordnung abgesetzt werden könne.

Allgemeiner Vertreter Heimes äußert, er sehe die Bedenken nicht. Der Punkt sei konkret benannt.

Ratsvorsitzender Agena erklärt, die Angelegenheit solle unter dem Tagesordnungspunkt nochmals angesprochen werden.

Zu Punkt 7: **Bekanntgabe einer Eilentscheidung gem. § 89 NKomVG**
hier: Neubau KWC, 2. Bauabschnitt, Neuvergabe für Rohbau- und Abbrucharbeiten
(s. Vorlage Nr. VO23-058)

Ratsvorsitzender Agena verliest den Beschlussvorschlag.

Der Rat nimmt die Eilentscheidung zur Kenntnis.

Zu Punkt 8: **Bekanntgabe einer Eilentscheidung gem. § 89 NKomVG**
hier: Neubau KWC, 2. Bauabschnitt, Neuvergabe für Fliesenarbeiten
(s. Vorlage Nr. VO-23-059)

Ratsvorsitzender Agena verliest den Beschlussvorschlag.

Der Rat nimmt die Eilentscheidung zur Kenntnis.

Zu Punkt 9: **Bekanntgabe einer Eilentscheidung gem. § 89 NKomVG**
hier: Neubau KWC, 2. Bauabschnitt, Kosten Bauplanung und -betreuung
(s. Vorlage Nr. VO-23-060)

Ratsvorsitzender Agena verliest den Beschlussvorschlag.

Der Rat nimmt die Eilentscheidung zur Kenntnis.

Allgemeiner Vertreter Heimes erläutert das Vorgehen hinsichtlich der Eilentscheide bei dem Projekt. Das Bauvorhaben habe zwei Jahre geruht und sollte schnellstmöglich fortgeführt werden. Es seien mehrere Sitzungen und Informationen erfolgt. Aufgrund der langen Spannen zwischen den Sitzungen habe man sich im Rat und mit der Baubetreuung darauf geeinigt, Entscheidungen über Vergaben über VA-Umläufe bzw. VA-Eilentscheide einzuholen, wenn zeitnah keine Sitzung anstehe. Der gesamte Rat werde vorab über die Vergabe und den Stand der Finanzen informiert. Wenn keine Bedenken bestehen, erfolge ein Umlauf oder Eilentscheid, damit das Bauvorhaben nicht aufgehalten wird.

Zu Punkt 10: **Bekanntgabe einer Eilentscheidung gem. § 89 NKomVG**
hier: Neubau KWC, 2. Bauabschnitt, Vergabe Grün- und Außenanlagen
(s. Vorlage Nr. VO-23-061)

Ratsvorsitzender Agena verliest den Beschlussvorschlag.

Der Rat nimmt die Eilentscheidung zur Kenntnis.

Allgemeiner Vertreter Heimes informiert über die inzwischen vorliegende Zustimmung des Rechnungsprüfungsamtes.

Zu Punkt 11: **Bekanntgabe einer Eilentscheidung gem. § 89 NKomVG**
hier: Aufarbeitung Beschlüsse und Nachträge für Neubau KWC 2. Bauabschnitt
(s. Vorlage Nr. VO-23-085)

Ratsvorsitzender Agena verliest den Beschlussvorschlag.

Der Rat nimmt die Eilentscheidung zur Kenntnis.

Zu Punkt 12: Bekanntgabe der Bearbeitung des Antrages der Gruppe L.P.R. und Ratsmitglied Uwe Garrels

Auf Antrag von Ratsherrn Garrels verliest Ratsvorsitzender Agena die Vorlage. Zusätzlich wird der Antrag verlesen.

Ratsfrau Kraus beantragt für die Gruppe JKSM eine Erweiterung der Vorlage und verliest den Antrag. Der Antrag ist dem Protokoll als Anlage beigefügt. Es werde beantragt, dass der Vorschlag von Herrn Olaf Hube mit überprüft werde.

Bürgermeisterin Horn erklärt, der Verwaltung liege von Herrn Hube kein Antrag vor. Es gebe eine Präsentation, dessen Verfasser nicht genannt werden wolle. Anträge müssen namentlich eingereicht werden.

Bürgermeisterin Horn erinnert an die in der Einwohnerfragestunde vorgebrachte Frage von Herrn Hube, ob der Punkt auf der Tagesordnung bleiben solle. Der Rat müsse entscheiden, wie weiter verfahren werden soll.

Ratsherr Recktenwald äußert, der von der Gruppe L.P.R. und Ratsherrn Garrels vorgelegte Antrag ziele zunächst auf Maßnahmen ab, die generell zu ergreifen seien, unabhängig vom dem, was dort gebaut werden soll.

Bürgermeisterin Horn unterstützt die Aussage und weist eindringlich darauf hin, dass jede weitere Woche die Situation schwieriger werde. Die beantragten Maßnahmen seien unumgänglich.

Ratsvorsitzender Agena übergibt den Vorsitz an Ratsherrn Recktenwald und erklärt nochmals den Antrag. Sinn und Zweck sei es einen Beitrag zu leisten das Entwicklungskonzept weiter voranzutragen. Es stecke kein anderer Gedanke dahinter.

Ratsvorsitzender Agena übernimmt den Vorsitz zurück.

Ratsfrau Kraus äußert, man müsse das Gesamtkonzept sehen. Wie von der Gruppe L.P.R. genannt, würde die zeitnahe Umsetzung der vorgebrachten Punkte ein genehmigungsfähiges Konzept zur Vorlage beim Land Niedersachsen erfordern. Das gleiche wolle die Gruppe JKSM. Sie verweist auf die Auflage der Kommunalaufsicht und die Zielvereinbarung mit dem Land. Es müsse eine dauerhafte Liquidität für den TSL und die Gemeinde nachgewiesen werden können. Sie verweist auf das Protokoll der Klausurtagung, nach dem es eine „mehrheitlich" und schriftlich festgehaltene Zustimmung gebe für die gemeinsame Verwendung der Flächen des alten KWC und HDI. Die Zustimmung ihrer Gruppe gebe es dafür nicht. Wenn der Vorschlag der Gruppe L.P.R. und Ratsherrn Garrels geprüft werde, könnte der Antrag der Gruppe JKMS gleich mitgeprüft werden.

Ratsherr Garrels bringt vor, dass der vorliegende Antrag in einer nichtöffentlichen Sitzung einvernehmlich überarbeitet wurde. Auch er möchte nochmals deutlich klarstellen, dass es sich lediglich um die vorbereitenden Schritte für jede weitere Entwicklung handle. Der Antrag beinhalte keine Entscheidung über die Entstehung eines Hotels oder Ferienwohnungen. Er sehe den Antrag der Gruppe JKMS nicht dienlich. Es sollte über den gemeinsam vorbereiteten Beschluss abgestimmt werden.

Kämmerin Baller wendet ein, um Vorschläge bewerten zu können, die auch der Kommunalaufsicht zugehen, gebeten werde die Wirtschaftlichkeit mit Zahlen zu unterlegen (Einnahmesituation/Ausgabesituation). Sie verweist auf die gesamten Liegenschaften des TSL. Es gehe nicht nur um das HDI und das KWC.

Ratsfrau Spies verweist auf die im Antrag genannten Punkte. Den Bau eines Indoorspielplatzes halte sie nicht für wichtig. Sie verweist auf die aufgeführte Finanzierung.

Ratsherr Garrels verweist auf die in der nichtöffentlichen Sitzung gemeinsam besprochenen Punkte, die in der Ergänzungsvorlage aufgeführt seien.

Ratsherr Janssen bringt vor, man habe zwar in einer nichtöffentlichen Sitzung darüber beraten, die Gruppe JKMS sei aber mit dem Beschlussvorschlag nicht einverstanden gewesen, woraufhin Änderungen vorgenommen wurden, mit denen man mitgehen könne. Diese seien am Anfang des Tagesordnungspunktes nicht verlesen worden.

20.08 Uhr: Es erfolgt eine Sitzungsunterbrechung

20.10 Uhr Ratsvorsitzender Agena eröffnet die Sitzung erneut.

Ratsherr Janssen führt weiter aus. Man wolle nichts verzögern und wisse, dass dringend gehandelt werden müsse. Ziel sei es das alte KWC nach Umzug in das neue Haus zu verwerten. So stehe es auch im Entschuldungsvertrag. Nicht benötigte Liegenschaften müssen veräußert werden. Man habe jetzt die Gelegenheit gesehen, wenn der eine Antrag geprüft werde, auch den Antrag der Gruppe JKSM prüfen zu lassen. Er verweist auf das dem Rat (10 Ratsmitglieder außer Bürgermeisterin Horn) durch Herrn Olaf Hube vorgestellte Konzept, welches auch der Verwaltung zugestellt wurde. Man dürfe sich jetzt nicht gegeneinander ausspielen. Wichtig sei für den Tourismus ein tragfähiges Konzept zu erarbeiten. Die beantragten einleitenden Maßnahmen könne man, außer dem Spielpark, unterstützen.

Bürgermeisterin Horn stellt richtig, die Verwaltung habe eine Präsentation bekommen, die aber nicht von Herrn Hube sei. Wunsch des Absenders sei es, seinen Namen nicht zu nennen. Von Herrn Hube liege der Verwaltung nichts vor.

Stv. Bürgermeister Schmidt stellt nochmals richtig, der Prüfungsauftrag für diesen Beschluss gehe nicht um eine mögliche Verwertung. Es sollen lediglich die aufgeführten Punkte geprüft werden, die bereits hohe Kosten in Millionenhöhe verursachen werden. Die Gelder müssen irgendwo herkommen. Derzeit würden viele Dinge auf die Füße fallen, weil viele Jahre keine Entscheidungen getroffen wurden. Man müsse einen Anfang machen. Am 03. Mai sei die Information der Bürger vorgesehen. Danach kämen erst die nächsten Schritte, die dann auch Prüfungen von Konzepten enthalten.

Bürgermeisterin Horn verweist auf den Punkt E im Beschlussvorschlag. Es gehe darum einen Ersatz für das Kinderspielhaus zu schaffen. Es müsse geprüft werden, wohin das Angebot dauerhaft verlegt werden könne. Man müsse von einem Zeitraum von fünf Jahren für den Übergang ausgehen. Bis dahin würden auch die technischen Anlagen vom Zustand nicht besser. Es bestehe dringender Handlungsbedarf. Wenn ein Teil der technischen Anlagen jetzt versage, sei eine Erneuerung nicht gesichert, weil die Kommune derzeit keine Darlehen für Investitionen erhalte. Es müsse endlich vorangehen.

Ratsfrau Kraus äußert, dass die Gruppe JKSM das Haus der Insel weiterhin in kommunaler Hand sehe. Es seien Übergangslösungen notwendig und keine dauerhaften Lösungen, weil das Angebot in eigener Hand bleiben solle. Daher sehe sie es als sinnvoll an, ihren Antrag mit aufzunehmen und mit durchzurechnen. Das Hauptkonzept liege in der Mehrheitsgruppe auf dem Gesamtverkauf von KWC und HDI. Ihre Gruppe wolle nur den Verkauf vom KWC und das HDI in eigener Hand behalten.

Ratsherr Garrels erklärt, es sei nicht hilfreich, was die Gruppe JKSM beantrage. Alternativ dazu müsse dann auch ein Hotelkonzept geprüft werden. Soweit sei man noch nicht. Jetzt gehe es um die Ermittlung der Kosten, die ohnehin entstehen. Dies sei Voraussetzung für die weiteren Planungen der Konzepte.

Bei dem einen gehe es um die Investitionserlöse und bei dem anderen um die laufenden Kosten. Das sei in Einklang zu bringen. Er bittet über den Ursprungsantrag abzustimmen um keine weitere Zeit zu verlieren.

Um den Beschluss nicht zu belasten, auch aufgrund der formalen Bedenken, schlägt Allgemeiner Vertreter Heimes vor, den Punkt in eine neue Sitzung in der kommenden Woche zu verschieben.

Ratsherr Janssen schließt sich der Empfehlung an.

Bürgermeisterin Horn äußert, es gehe hier nicht um die Frage, was mit dem KWC und HDI passiere. Es sei um ein touristisches Gesamtprojekt gegangen. Dies sei der Ratsbeschluss für die Vergabe an Projekt M gewesen. Wenn 50.000,00 Euro für eine Beratungsgesellschaft ausgegeben, neun Bürgerbeteiligungen ermöglicht werden und am Ende in einer Klausurtagung ein Ergebnis komme, welches die Beratungsgesellschaft dann als Ergebnis zusammengefasst hat und bis heute keiner der Ratsmitglieder dagegengesprochen habe, dann sei die Frage, ob ein 50.000,00 Euro Projekt wieder kein Ergebnis habe. Auch sie macht nochmals deutlich, es gehe um ein touristisches Gesamtkonzept und nicht um die Verwertung einzelner Liegenschaften.

Ratsvorsitzender Agena würde sich der Empfehlung von Allgemeinen Vertreter Heimes anschließen und bittet um Abstimmung über die Verlegung des Tagesordnungspunktes.

Der Rat beschließt mit 6 Ja-Stimmen und 5 Stimmenthaltungen den Punkt in eine neue Sitzung in der kommenden Woche zu verschieben.

Allgemeiner Vertreter Heimes verweist auf die Einladungsfrist. Für die nächste Woche müsse die Einladung unter verkürzter Ladefrist erfolgen.

Der Rat stimmt der verkürzten Ladefrist mit 6 Ja-Stimmen und 5 Stimmenthaltungen zu.

Zu Punkt 13: Ausschreibung Erneuerung der Gästetoiletten M/S „Langeoog 3“ (s. Vorlage Nr. VO23-065 und Ergänzungsvorlage Submissionsergebnis VO23-065a)

Der Rat beschließt einstimmig die Vergabe für die Erneuerung der Gästetoiletten, für das Fahrgastschiff M/S „Langeoog III“, vorbehaltlich der Prüfung durch das Rechnungsprüfungsamt, an den wirtschaftlichsten Anbieter die Schiffswerft Diedrich GmbH, zum Preis von 175.042,00 netto

Zu Punkt 14: Fahrplan 2023/24 (s. Vorlage Nr. VO23-066)

Bürgermeisterin Horn berichtet in diesem Zusammenhang über die Planung im Winter einmal wöchentlich oder zweimal monatlich eine Arztfähre einzusetzen. Der Einsatz sei aber tide- und personalabhängig. Die Zeiten könnten daher im Fahrplan nicht aufgeführt werden. Gerade für die älteren Mitbürger sei ein solches Angebot wichtig.

Ratsfrau Kraus fragt nach der Möglichkeit die Fährzeiten Donnerstag bis Sonntag 17.15 Uhr ab Bensersiel den Busfahrplänen anzupassen. Der Bus von Aurich würde zur Abfahrzeit erst in Bensersiel ankommen. Teilweise sei die Fähre dann schon weg. Sie verweist auf die Pendler, die sonntags wieder zur Insel kommen und die öffentlichen Verkehrsmittel nutzen. Sie sei inständig gebeten worden, diese Bedenken heute vorzutragen.

Bürgermeisterin Horn verweist auf den Chefkapitän, der die Fahrzeiten im Betriebsausschuss begründet habe. Sie wisse, dass das Schiff auf den Bus warte. Es bestehe ein Telefonkontakt zwischen dem Busfahrer, der Verkehrsgesellschaft und der Schiffahrt. Sie werde die Anfrage an den Chefkapitän weitergeben.

Der Rat stimmt der Fahrplanänderung einstimmig zu.

Zu Punkt 15: Bauvoranfrage
Neubau von zwei Wohngebäuden mit insgesamt 9 Ferienwohnungen am Vormann-Otten-Weg 18/18a
(s. Vorlage Nr. VO23-069)

Der Punkt wird von der Tagesordnung abgesetzt.

Zu Punkt 16: Bauvorhaben „Rudolf-Eucken-Weg 6", Langeoog
Abschluss eines städtebaulichen Vertrages
(s. Vorlage Nr. VO23-070)

Der Rat beschließt einstimmig den Abschluss des beigefügten städtebaulichen Vertrages mit Anlagen gemäß § 11 Absatz 1 Satz 2 Nr. 2 Baugesetzbuch.

Zu Punkt 17: Bauantrag „Rudolf-Eucken-Weg 6", Langeoog
(s. Vorlage Nr. VO23-071)

Ratsherr Garrels äußert, dass dieser Bauantrag ein positives Beispiel dafür sei, den Ausbau auch bescheiden vorzunehmen und das Objekt städtebaulich an die Umgebung anzupassen.

Der Rat beschließt einstimmig dem Bauantrag zuzustimmen und das Einvernehmen gemäß § 173 Absatz 1 Baugesetzbuch nach beidseitiger Unterzeichnung des städtebaulichen Vertrages zu erteilen.

Zu Punkt 18: Antrag auf Nutzungsänderung von 2 Wohnungen in 2 Ferienwohnungen im Geltungsbereich der Erhaltungssatzung „Friesenstraße / Am Blumental"
(s. Vorlage Nr. VO23-072)

Ratsherr Janssen verweist auf seine Ausführungen im Bauausschuss. Die Vorlage sei erklärend geschrieben. In dem Bereich habe man seinerzeit das Dauerwohnen schützen wollen. Seit dem Jahr 2000 sei die Erhaltungssatzung dort gültig. Der Bebauungsplan gebe vor, was dort möglich sei. Er verweist auf eine Anfrage aus 2020. Hier wurde das Einvernehmen ebenfalls versagt.

Der Rat beschließt mit 9 Ja-Stimmen und 2 Stimmenthaltungen den Nutzungsänderungsantrag von 2 Wohnungen in 2 Ferienwohnungen aufgrund der Vorgaben der Erhaltungssatzung abzulehnen und das Einvernehmen der Gemeinde Langeoog zu versagen

Zu Punkt 19: Antrag auf Ausweisung einer überbaubaren Grundstücksfläche zur Umnutzung eines Nebengebäudes für Wohnzwecke
(s. Vorlage Nr. VO23-073)

Der Rat beschließt einstimmig den Antrag der Eigentümerin auf Ausweisung einer überbaubaren Grundstücksfläche für die Nebenanlage abzulehnen.

Zu Punkt 20: Ernennung des wiedergewählten Gemeindebrandmeisters und seiner wiedergewählten Stellvertreter (s. Vorlage Nr. VO23-079)

Der Rat beschließt einstimmig Herrn Olaf Sommer zum Gemeindebrandmeister sowie Herrn Heinrich Culeman und Herrn Frank Wißbrock zu Stellvertretenden Gemeindebrandmeistern zu ernennen und für die Dauer von weiteren sechs Jahren in das Ehrenbeamtenverhältnis zu berufen.

Zu Punkt 21: Satzung der Inselgemeinde Langeoog über die Entschädigung für Ehrenbeamte und sonstige ehrenamtlich tätige Funktionsträger der Freiwilligen Feuerwehr Langeoog; hier: § 1 Nummer 4 (Atemschutzgerätewart) (s. Vorlage Nr. VO23-080)

Ratsfrau Peters vergleicht die Aufwandsentschädigung für die Ratsmitglieder. Bei der Aufwandsentschädigung für die Feuerwehr hänge Menschenleben dran. Bei der nächsten Änderung der Satzung sollte eine Erhöhung überdacht werden.

Der Rat beschließt einstimmig die Satzung zur 6. Änderung der Satzung der Inselgemeinde Langeoog über die Entschädigung für Ehrenbeamte und sonstige ehrenamtlich tätige Funktionsträger der Freiwilligen Feuerwehr Langeoog gemäß dem als Anlage beigefügten Entwurf.

Zu Punkt 22: Schöffenwahl – Wahl der Schöffen und Hilfsschöffen für die Strafkammern des Landgerichts Aurich und die Schöffengerichte des Bezirks) (s. Vorlage Nr. VO23-081)

Der Rat beschließt einstimmig die Schöffen-Vorschlagsliste der Inselgemeinde Langeoog, gemäß dem als Anlage beigefügten Entwurf, aufzustellen.

Zu Punkt 23: Anträge und Anfragen

a. Ratsfrau Kraus verweist auf den Betriebsausschuss und erkundigt sich nach dem Stand der Schließfächer im Bahnhof. Sie möchte wissen, wo die ausgebauten Fächer/Türen verblieben sind und ob der damalige Lieferant eventuell Ersatzteile liefern könne. Man sei ein Dienstleistungsbetrieb und sollte eine Reparatur oder Alternative anbieten.

   Bürgermeisterin Horn habe die Angelegenheit aufgrund des Ausfalls des Tourismusmanagers noch nicht klären können. Nach ihrem Kenntnisstand sei eine große Zahl an Türen defekt gewesen. Es gebe nur eine Firma, die diese Anlage bediene. Im Zuge einer angedachten Reorganisation im Bahnhof werden der Standort und die Anzahl der Schließfächer überdacht. Man müsse auf die Rückkehr des Tourismusmanagers warten.

b. Ratsfrau Kraus verweist auf die Gesamtkalkulation für den Anbau KWC und stellt die Frage, wie weit man von der oberen Kosten-Deadline entfernt sei. Sie bittet den Rat auf den aktuellen Stand zu bringen.

   Allgemeiner Vertreter Heimes verweist auf die von Tourismusmanager Jenssen erstellten Vorlagen (Eilentscheiden). In den Vorlagen sei aufgeführt, dass die Kosten in der Gesamtkalkulation enthalten seien. Er gehe davon aus, dass die Kosten noch in dem Rahmen seien, wie von Herrn Jenssen vorgestellt.

Ratsfrau Kraus möchte wissen, ob alles bis hin zu den Geräten im Fitnessraum bedacht sei.

Dies wird von Bürgermeisterin Horn verneint. Dies sei so auch nicht kommuniziert worden. Es seien jetzt die von Herrn Reccius zu übersehenden Aufträge in die Kalkulation mit eingeflossen. Unabhängig von allem müsse die Entscheidung vom Rat getroffen werden, wie damit umgegangen werde, wenn die Deadline erreicht sei. Hier müsse dann im Zweifel vom Rat ein Baustopp vereinbart und beschlossen werden. Ein Teil seien noch Nachträge aus dem Jahr 2019. Bei den noch nicht vergebenen Aufträgen handle es sich um Kostenschätzungen. Hier könnten durch unvorhergesehene Dinge Mehrkosten entstehen. Dies sei nicht beeinflussbar.

Zu Punkt 24: Bericht der Bürgermeisterin über wichtige Angelegenheiten

a. Bürgermeisterin verweist auf die Anfrage bezüglich der nicht veröffentlichten Sitzungstermine auf der Homepage der Gemeinde. Es habe Probleme von Seiten des Anbieters gegeben. Dies sollte jetzt behoben sein. In dem Zusammenhang berichtet sie über die Einführung des Rats- und Bürgerinformationssystem „Kommune Aktiv". Es haben Personalschulungen stattgefunden. Es fehle noch die Schulung der Ratsmitglieder. Derzeit werde das System weiter eingepflegt.

b. Bürgermeisterin Horn berichtet über die Ladenöffnungszeiten und verweist auf ein seit 2007 bestehendes Gesetz. Als Behörde habe man den Einzelhandel nochmals auf das Gesetz hingewiesen.

c. Bürgermeisterin Horn bedankt sich bei der IT-Abteilung für die extra geschaltete W-Lan-Leitung um ein Streaming der Sitzung trotz Server-Update ermöglichen zu können. Außerdem bedankt sie sich bei den Mitarbeitern der Gemeinde und Betriebe, die die Ausfälle erkrankter Mitarbeiter auffangen.

d. Bürgermeisterin Horn teilt mit, dass sie nicht mehr Mitglied im Vorstand der Bürgerhilfe sei und erläutert ihre Gründe. Sie habe schon jetzt bis Ende des Jahres eine hohe Termindichte und habe sich daher entschieden nicht mehr für den Vorstand zur Verfügung zu stehen. Sie verweist auf die Arbeitsgruppe, die sich intensiv mit den Thematiken des bliev hier beschäftigt.

e. Kämmerin Baller verliest die Genehmigungsverfügung des Landkreises. Sie beschränkt sich im Wesentlichen auf die Genehmigungen und den Bereich des Tourismus-Service. Dem Rat wurde die Genehmigungsverfügung bereits zur Kenntnis weitergeleitet.

   Ratsherr Janssen erkundigt sich in diesem Zusammenhang nach der Höhe der von der Gemeinde zu zahlenden Kreisumlage.

   Kämmerin Baller erklärt, die Kreisumlage würde in diesem Jahr etwa 2,4 Mio. Euro betragen. Diese betreffe aber den Gemeindehaushalt. Der Tourismus-Service sei davon unabhängig zu sehen.

Zu Punkt 25: Einwohnerfragestunde

Andreas Moselage

Herr Moselage fragt nach der Vergabe der Personalwohnung Hafenstraße 32.

Allgemeiner Vertreter Heimes erklärt, Personalangelegenheiten würden in einer öffentlichen Sitzung nicht behandelt. Die Angelegenheit werde im Verwaltungsausschuss behandelt.

Karin Dokoupil

Frau Dokoupil verweist auf Punkt 18. Die Erhaltungssatzung gelte sei 2001. Das Haus sei aber seit 1999 im Besitz ihrer Familie. Sie möchte wissen, ob die Satzung trotzdem für sie gelte.

Bürgermeisterin Horn erklärt, die Satzung gelte auch in dem Fall. Seitens des Bauamtes sei der Sachverhalt geprüft worden.

Zu Punkt 26: Schließung der Sitzung

Ende der Sitzung: 21.11 Uhr

Katja Heimes
Protokollführerin

Gerrit Agena
Ratsvorsitzender

Heike Horn
Bürgermeisterin

Ratssitzung am 25.04.2023 – Nichtöffentliche Nachbesprechung

1. Bürgermeisterin Horn vereist auf die von Kämmerin Baller vorgelesene Genehmigungsverfügung des Landkreises. Dies sei „harter Tobak". Unabhängig von allen Meinungen müsse dringend eine Entscheidung getroffen werden. Es werde immer deutlicher, in welcher Situation die Kommune sich befinde.

2. Bürgermeisterin Horn verliest ein Schreiben der Kommunalaufsicht des Landkreises Wittmund, hinsichtlich der Vergabe der Personalwohnung Hafenstraße 32 und Mitwirkungsverbot der Bürgermeisterin (Eingabe von Frau Susanne Wittenberg). In diesem Zusammenhang wird über das Rederecht im Verwaltungsausschuss von Ratsmitgliedern gesprochen, die nicht dem Verwaltungsausschuss angehören. Diese können zukünftig nur zuhören. Außerdem können keine Abteilungsleiter oder Mitarbeiter zur Erläuterung von Tagesordnungspunkten mehr hinzugezogen werden.

   Ratsherr Recktenwald wendet ein, dass nach seinem Verständnis des Vorgelesenen ein Beschluss darüber gefasst werden könne, ob ein Nichtmitglied Rederecht bekomme, wenn es sachdienlich sei.

   Die Verwaltung bestätigt dies. Es müsse ein Beschluss gefasst werden und die Teilnahme sinnhaft sein.

3. Bürgermeisterin Horn verweist auf Punkt 12 der öffentlichen Tagesordnung und die Eingabe von Ratsfrau Kraus für die Gruppe JKSM. Der Verwaltung liege von Herrn Hube kein Antrag vor. Es liege lediglich eine Präsentation von Herrn Klaus Kremer vor. Herr Philipp Uecker habe sich von der Präsentation distanziert. Er habe mitgeteilt, er sei nur beratend tätig gewesen. Herr Kremer hat mitgeteilt er möchte als Verfasser nicht genannt werden.

   Allgemeiner Vertreter Heimes fragt, wie in der Ratseinladung die Punkte aufgeführt werden sollen. Er würde die Anträge als zwei Punkte aufführen. Dem wird einmütig zugestimmt.

   Allgemeiner Vertreter Heimes erklärt in diesem Zusammenhang, dass ein Bürger, der etwas einreiche, keinerlei Anspruch auf Bearbeitung habe. Als Antrag über die Gruppe sei dies anders.

   Stv. Bürgermeisterin Mühlinghaus meldet sich für die kommende Woche in den Urlaub ab.

   Bürgermeisterin Horn fragt nach Einigkeit, dass der Antrag der Gruppe JKSM geprüft werden soll, weil sonst in der Sitzung die Stimme von Stv. Bürgermeisterin Mühlinghaus fehlen würde.

   Stv. Bürgermeisterin Mühlinghaus äußert, in der nichtöffentlichen Ratssitzung am 20.04. habe man sich über die Punkte, die zunächst erforderlich seien, bereits verständigt.

   Ratsherr Recktenwald verweist auf den weiteren Ausfall von Herrn Jenssen. Ratsherr Recktenwald hatte sich für den Fall angeboten die Präsentation zur Veranstaltung der Bürgerinformation am 03.05.2023 zu halten. Er fragt nochmal nach der Zustimmung der Ratsmitglieder. Die Ratsmitglieder stimmen zu.

Bürgermeisterin Horn fragt nochmals nach Ergänzungen für die Präsentation, wie in der nichtöffentlichen Ratssitzung am 20.04.2023 abgesprochen. Bisher gebe es seitens des Rates keine Mitteilungen.

Ratsfrau Kraus verweist auf die Klausur. Es habe dort eben keine „einstimmige" Mehrheit für ein Hotel gegeben und andere Aspekte hätten mit einfließen können. Ihrer Meinung nach sei die Präsentation auf ein Hotel ausgelegt. Die Gruppe JSKM wolle einen anderen Aspekt mit einbringen und für die Bürger andere Impulse geben.

Bürgermeisterin Horn erklärt, die Präsentation sei von Projekt M. Diese sei für die Präsentation verkürzt worden, teilweise mit dem gleichen Wortlaut.

Ratsfrau Kraus berichtet nach einem Gespräch mit Olaf Hube, der auch mit Projekt M gesprochen habe, dessen Konzept hätte mit einfließen sollen. Sie sei davon ausgegangen, dass dies dann in der Präsentation mit auftauche.

Ratsherr Garrels stellt richtig, dass das Konzept nicht Gegenstand der Klausur gewesen sei.

Bürgermeisterin Horn erklärt, die Gruppe hätte mitteilen können, dass man den Vorschlag drin haben möchte. Die Klausurtagung habe dazu gedient einen finalen Abschluss und eine Zusammenfassung davon zu bilden, was zuvor acht Monate erarbeitet wurde.

Ratsfrau Kraus sei davon ausgegangen, der Vorschlag von Herrn Hube werde wenigstens als ein Aspekt mit aufgenommen, auch wenn es nicht Thema der Klausurtagung gewesen sei. Das Ergebnis in der Powerpointpräsentation präsentiere ein „mehrheitlich". Sie wolle auch eine andere Sicht der Dinge aufzeigen.

Ratsherr Garrels erklärt, es habe von der Gruppe JKSM keine Anmerkungen zu dem Vortrag von Klaus Kremer gegeben.

Ratsherr Garrels teilt mit, dass aus seiner persönlichen Sicht die Begriffe Sport und Nachhaltigkeit nicht ausgearbeitet wurden. Die Wiedergabe von Projekt M entspreche der Zusammenfassung, was in der Klausur mehrheitlich gesagt wurde.

Allgemeiner Vertreter Heimes äußert sich irritiert. Man habe eine Klausurtagung gehabt um gemeinschaftlich die Linie des Rates weitestgehend festzulegen. Es sei nicht zielführend in der Bürgerinformation, in der das Ergebnis der Klausurtagung vorgestellt werden soll, kontroverse Diskussionen zu führen. In dem Fall sollte die Veranstaltung besser abgesagt werden. Es soll die Linie vorgestellt werden, die der Rat weitergehen wolle. Erst danach würden Beschlüsse kommen und sicherlich kontroverse Diskussionen über mögliche Betten geführt. Die Veranstaltung am 03.05. soll das Ergebnis der Klausurtagung wiederspiegeln.

Ratsherr Schmidt fasst zusammen, die Beauftragung von Projekt M sei für die zukünftige touristische Ausrichtung gewesen. Dabei sei ganz klar von den Bürgern, den Mitarbeitern und den Gästen die über Jahrzehnte entstandenen Defizite aufgezeigt worden. Es müssen jetzt erstmal die Basics beschlossen werden, bevor es überhaupt in irgendeiner Form weitergehe. Eine Diskussion mit Insulanern im Rahmen der Bürgerinformation lehne er deutlich ab. Man wisse noch nicht einmal, ob überhaupt ein Investor gefunden werden. Es müsse ein Schritt nach dem anderen gegangen werden. Und wenn man dann bei einem Interessenbekundungsverfahren ankomme, werde dies so aufgestellt, dass sich jeder bewerben könne. Danach müsse man entscheiden, was für Langeoog das Beste sei.

Bürgermeisterin Horn erklärt, jeder könne seine Meinung haben. Sie sei weder für das eine, noch für das andere. Ihrer Meinung nach benötige Langeoog ein Bürgerhaus. Sie sei weder für Ferienwohnungen noch für ein Hotel. Der Vorschlag der Verwaltung sei seinerzeit aber vom Rat abgelehnt worden.

Stv. Bürgermeisterin Mühlinghaus bringt vor, sie könne die Argumentation von Stv. Bürgermeister Schmidt folgen, man sollte sich nicht im Vorfeld schon festlegen. Die möglichen Investoren sollten nicht von vornherein schon beschnitten werden. Sie verweist auf das Conversationshaus auf Norderney, welches sich im Besitz der GmbH befinde. Norderney habe ähnliche Probleme wie Langeoog gehabt.

4. Ratsherr Garrels informiert über ein Gespräch mit Johann Bohlen bezüglich der Baumaßnahme auf dem Grundstück ehemals Hans-Hermann und Karin Otten. Er sei für morgen mit Herrn Bohlen verabredet. Auf dem Gelände bestehe eine Erhaltungssatzung.

   Allgemeiner Vertreter Heimes wendet ein, es habe sich um eine Bauvoranfrage gehandelt, für die heute in der Post auch ein Bauantrag eingegangen sei. Herr Bohlen müsse ein Gespräch mit der Verwaltung führen. Nur von dort könne es klare Vorgaben geben.

   Ratsherr Janssen verweist auf den Bauausschuss, in dem er bereits darauf hingewiesen habe, Herr Bohlen möge sich mit der Verwaltung in Verbindung setzen.

Ende: 21.50 Uhr

Katja Heimes
Protokollführerin

Gerrit Agena
Ratsvorsitzender

Heike Horn
Bürgermeisterin